

## Niederschrift

über die IX/004. Sitzung  
des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Schwerte am

**Montag, dem 08.06.2015, um 17:00 Uhr**  
im großen Sitzungssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

### Anwesend:

#### Vorsitzende

1. Frau Reinhild Hoffmann

#### CDU-Fraktion

2. Herr Dieter Böhmer
3. Herr Herbert Dieckmann
4. Herr Guntram Nies-von Colson
5. Frau Marianne Pohle

#### SPD-Fraktion

6. Herr Ralf Haarmann
7. Frau Marlies Mette
8. Frau Angelika Schröder

#### Fraktion Die Grünen

9. Herr Maximilian Reinert
10. Herr Reinhard Streibel

#### WfS-Fraktion

11. Herr Jonas Becker

#### Fraktion DIE LINKE.

12. Frau Mechthild Kayser

#### seitens der Verwaltung die Damen und Herren

13. Herr Bürgermeister Heinrich Böckelühr
14. Herr Thomas Holtmann
15. Herr Andreas Pap für Frau Charlotte Schneevoigt
16. Frau Jutta Pentling
17. Herr Peter Schubert
18. Herr Marco Tröger für Frau Ulrike Schulte
19. Herr Hans-Georg Winkler

#### Schriftführer

20. Frank Leveque-Emden

### Gäste

21. Frau Kathrin Gasseling  
Mitarbeiterin der Rechnungsprüfung des Kreises Unna
22. Frau Renate Klute  
Leiterin der Stabstelle Rechnungsprüfung des Kreises Unna

### Abwesend:

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 18.20 Uhr

## Tagesordnung

### **I. Öffentliche Sitzung**

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Schwerte durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) **IX/0201**
6. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
7. Informationen und Anfragen

### **II. Nichtöffentliche Sitzung**

8. Genehmigung der Tagesordnung
9. Feststellung von Befangenheit
10. Bekanntmachung nichtöffentlicher Beschlüsse
11. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
12. Informationen und Anfragen

## Tagesordnung

### **III. Öffentliche Sitzung**

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Schwerte durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) **IX/0201**
6. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
7. Informationen und Anfragen

### **IV. Nichtöffentliche Sitzung**

8. Genehmigung der Tagesordnung
9. Feststellung von Befangenheit
10. Bekanntmachung nichtöffentlicher Beschlüsse
11. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
12. Informationen und Anfragen

## **I. öffentliche Sitzung**

### **1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses**

---

Frau Hoffmann eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses fest.

### **2. Genehmigung der Tagesordnung**

---

Frau Hoffmann regt an, die Tagesordnung wie geplant abzarbeiten. Dem wird nicht widersprochen.

### **3. Einwohnerfragestunde**

---

Entfällt.

### **4. Feststellung von Befangenheit**

---

Es erklärt sich kein Ausschussmitglied zu den Tagesordnungspunkten der öffentlichen Sitzung für befangen.

### **5. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Schwerte durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) Vorlage: IX/0201**

---

Frau Hoffmann bittet Frau Klute, vor Abarbeitung dieses Tagesordnungspunktes Stellung zur Verschiebung der Präsentation des Prüfberichtes des Gesamtabschlusses 2013 zu nehmen. Ursprünglich sei geplant gewesen, diesen Punkt als Tagesordnungspunkt aufzuführen.

Frau Klute erklärt, dass es dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises Unna nicht möglich gewesen sei, die Entwicklung des Gesamteigenkapitals nachzuvollziehen. Das Kernproblem stelle der neu aufgestellte Teilkonzernabschluss der Stadtwerke Schwerte Holding GmbH & Co. KG dar. Außerdem wurde die Stadt Schwerte Holding GmbH auf das Sondervermögen Bäder Schwerte verschmolzen. Diese beiden Sachverhalte seien die Ursache gewesen, dass sich die Prüfung verzögert habe. Frau Klute gehe jetzt davon aus, dass der Prüfbericht des Gesamtabschlusses 2013 in der nächsten RPA-Sitzung am 07. September 2015 vorgestellt werden könne.

Frau Hoffmann stellt fest, dass in der nächsten Sitzung folglich der Prüfbericht des Gesamtabschlusses 2013 und der Prüfbericht des Jahresabschlusses 2014 auf der Tagesordnung stehen würden.

Frau Hoffmann schlägt vor, den GPA-Bericht beginnend mit dem ersten Einzelbericht chronologisch durchzusprechen. Dem wird nicht widersprochen.

## **1. Finanzen der Stadt Schwerte**

### **Seite 21**

Frau Schröder fragt nach der Wahrscheinlichkeit, dass mehr Geld erlöst werden könnte, wenn man den „weiten Anlagenbegriff“ zur Erhebung von Straßenbeiträgen nach dem KAG in die entsprechende Satzung der Stadt Schwerte aufnähme. Frau Schröder äußert außerdem die Sorge, dass von Seiten der Verwaltung ein Versäumnis in dem Sachverhalt aufgetreten sein könnte.

Herr Böckelühr versichert, dass nichts versäumt worden sei. Die neue Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes beziehe im Gegensatz zu der bestehenden Satzung der Stadt Schwerte auch bestimmte Straßen und Wege in den Außenbereichen und Wirtschaftswege bei der Wiederherstellung mit ein. Wäre in den letzten Jahren eine solche Wiederherstellung kostenpflichtig gewollt worden, hätte man den Umweg über eine eigene Satzung oder einen Beschluss machen können. Im Rahmen einer zu erstellenden Liste über die abzuarbeitenden Vorschläge werde auch dieser Punkt aufgenommen.

### **Seite 24**

Frau Schröder erkundigt sich, ob es hinsichtlich des Stadtbades schon Gespräche zur eventuellen Übernahme durch Vereine gegeben habe.

Herr Schubert verweist auf den Beschluss des Rates, mit dem die Führung des Stadtbades auf die Stadtwerke Schwerte GmbH übertragen wurde. Weitere Gespräche seien deshalb bis dato nicht geführt worden.

Herr Schubert wirft die Frage auf, ob die Verwaltung ernsthaft eine Erhaltung des Stadtbades prüfen solle oder ob das Stadtbad politisch nicht zur Diskussion stehe.

Herr Winkler weist darauf hin, dass die Meinung der GPA zur Notwendigkeit des Schulschwimmens ggf. überprüfungsbedürftig sei, wenn die Grundsatzfrage zur Erhaltung des Bades gestellt würde.

Frau Hoffmann stellt fest, dass in dem Ausschuss fraktionsübergreifend die Meinung bestehe, dass das Stadtbad nicht zur Diskussion gestellt werden solle.

## **2. Personalwirtschaft und Demographie**

### **Umsetzbarkeit der Vorschläge**

Frau Pohle fragt nach der Umsetzbarkeit der Empfehlungen der GPA, ein einheitliches System zum Wissenstransfer aufzubauen sowie Werbekampagnen zu nutzen und den Internetauftritt für Bewerber zu überarbeiten.

Frau Pentling weist darauf hin, dass bereits 80-90 % der Vorschläge umgesetzt seien. Lediglich das Thema Wissenstransfer sei aufzugreifen.

### **Seite 4**

Frau Schröder möchte gerne wissen, ob es neben der altersbedingten Fluktuation auch weitere Fluktuationsgründe gebe.

Frau Pentling verneint dies.

Herr Böckelühr ergänzt, dass insbesondere bei den Feuerwehrbeamten die umliegenden Städte, die nicht am Stärkungspakt Stadtfinanzen teilnehmen, mit einer besseren Besoldung Personal abwerben würden. Dies sei aber ein Problem, das in ganz NRW zu finden sei.

### **Seite 7**

Herr Böhmer greift die Problematik auf, dass bezogen auf das Jahr 2012 in den nächsten 13 Jahre von den 520 Mitarbeitern 189 aus Altersgründen ausscheiden aber jedes Jahr nur ca. 2 Personen mit der Ausbildung abschließen würden.

Frau Pentling weist darauf hin, dass die Zahl des altersbedingten Ausscheidens auch in den laufenden Personalberichten genannt werde.

Die Stadt bilde lediglich im Bereich Verwaltung und Feuerwehr aus. Die altersbedingte Fluktuation beziehe sich aber auch auf den Bereich Kita, Hochbau und Baubetriebshof. Etwaige Bedarfe seien durch externe Neueinstellungen zu decken.

Herr Nies-von Colson fragt, wie viele der Auszubildenden nach bestandener Prüfung bei der Stadt bleiben würden.

Frau Pentling informiert darüber, dass alle Auszubildenden bis auf zwei in den letzten zwölf Jahren übernommen worden seien.

## **3. Sicherheit und Ordnung**

### **Einwohnermeldewesen**

Frau Mette möchte die Meinung der Verwaltung zu den Themenbereichen "Reduktion des Personals", "Auslastung" und "Reduktion der Öffnungszeiten" erfahren.

Frau Pentling ist der Meinung, dass dieser Empfehlung nicht zu folgen sei, da die Qualität des Bürgerservices nicht leiden sollte. Diese hohe Qualität spiegle sich auch bei der geringen Fallzahl im Bereich des Beschwerdemanagements wider.

### **Seite 7**

Frau Mette fragt nach der Bedeutung der 'Ausstellung nachträglich beantragter Urkunden'.

Frau Pentling konstatiert, dass zu dieser Frage eine Anlage zum Protokoll erstellt werde (s. Anlage 1).

Frau Mette zitiert die Feststellung der GPA, dass die letzte Gebührenerhöhung im Bereich Gaststätten 2011 erfolgt sei. Daraus resultiere die Frage, ob eine neuerliche Erhöhung anstehe.

Herr Holtmann erläutert, dass die Gebühren kreisweit vereinbart seien. Der Leiter des Bereiches Ordnung sei angewiesen worden, dieses Thema beim kreisweiten Treffen der Ordnungsamtsleiter aufzugreifen.

## **4. Tagesbetreuung für Kinder**

### **Seite 8**

Frau Schröder möchte gerne die Meinung der Verwaltung zur Empfehlung der GPA zur höheren Kostenbeteiligung und zur Differenzierung der Beiträge wegen der kostenintensiveren Betreuung der U3-Kinder erfahren.

Herr Pap erläutert, dass die Empfehlungen derzeit überprüft würden. Die bisherige Staffelung entspreche der derzeitigen Empfehlung des Landesjugendamtes. Es laufe eine Anfrage, ob diese Empfehlung verbindlich sei. Zu gegebener Zeit werde der Ausschuss darüber informiert, was bei einer Anpassung bzw. Neufassung der Satzung zu beachten sei.

Frau Hoffmann gab zu bedenken, dass eine Anpassung der Kindergartenleistungstabelle ein wichtiger Standortfaktor sein könnte.

#### **Seite 9**

Herr Böhmer zeigt sich über den hohen Anteil an Plätzen in freier Trägerschaft von ca. 73 % überrascht.

Herr Winkler erläutert, dass die Stadt Schwerte mit den sechs städtischen Tageseinrichtungen gegenüber anderen Städten einen vergleichbar geringen Anteil an Plätzen in freier Trägerschaft habe.

#### **Seite 12**

Frau Schröder hält die über dem Mittelwert liegenden Zuschüsse je Betreuungsplatz in Einrichtungen freier Träger für diskussionswürdig.

Herr Winkler führt aus, dass an einen Abbau der städtischen Kindertageseinrichtungen aus diesen Gründen nicht gedacht sei.

Herr Nies-von Colson gibt den Hinweis, dass Veränderungen von Zuschüssen ggf. Auswirkungen auf den Zuzug haben könnten.

#### **Seite 10**

Frau Hoffman stellt die Frage, warum die Vertragsgrundlage für die freiwilligen Zuschüsse nur zum Teil existiere.

Herr Pap weist darauf hin, dass die Formulierung im GPA-Bericht unglücklich sei. Auch bei der Kalkulation mit den freien Trägern seien die jeweils identischen Prozentangaben zu Grunde gelegt worden. Dies habe bisher nicht zu Beanstandungen geführt.

### **5. Teilbericht Schulen**

Frau Mette merkt an, dass die Fraktion zum Thema Schulen im Hinblick auf den derzeitigen Umbruch nicht viele Bemerkungen machen möchte.

#### **Seite 19**

Frau Mette fragt nach den Nutzungsentgelten der Schulen und Sportstätten. Auch die Turnhalle Wasserstraße solle dabei berücksichtigt werden.

Herr Winkler weist darauf hin, dass ein 50-jähriger Vertrag mit der TG Westhofen die Stadt verpflichte, die der Stadt geschenkte Turnhalle Wasserstraße kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Der Vertrag lief 2022 aus. Bis dahin sei man an die Verpflichtung gebunden.

Herr Winkler hält eine nochmalige Diskussion der Turnhallen-Nutzungsgebühren vor dem Hintergrund der bereits kontrovers geführten Diskussionen und der daraufhin erfolgten Anpassung der Gebühren nicht für zielführend.

Nach nochmaliger Nachfrage von Frau Mette bezüglich der Turnhalle Wasserstraße stellt Herr Böckelühr klar, dass der damalige Amtsdirektor Schmerbeck kurz vor der kommunalen Gebietsreform der TG Westhofen per Vertrag die Turnhalle zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestellt habe. Im Jahr 2022 laufe der Vertrag aus, so dass dann erst über mögliche Nutzungsgebühren mit der TG Westhofen verhandelt werden könne.



Auf Bitte von Frau Mette erklärt Herr Böckelühr, dass eine Liste über die Unterhaltungs- und Investitionskosten für die 'Turnhalle Wasserstraße' von Herrn Tröger erstellt und an das Protokoll angehängt werde (s. Anlage 2).

Herr Nies-von Colson ergänzt, dass die Turnhalle Wasserstraße von der TG Westhofen gebaut und der Stadt Westhofen geschenkt worden sei. Darauf fuße der 50-jährige Vertrag über die nutzungsgebührenfreie Unterhaltung und Instandsetzung der Turnhalle. Der angrenzende, ehemals meistens von Bolzern genutzte und seit Jahren abgesperrte Platz sei wegen Nässe nicht nutzbar. Deshalb sei die Anmerkung der GPA, Nutzungsentgelte zu fordern, nicht nachvollziehbar.

#### **Seite 15**

Herr Böhmer macht die Anmerkung, dass die Empfehlung, im Schulzentrum Nordwest eine 3-zügige Gesamtschule unterzubringen, nach den Diskussionen im Schulausschuss nicht zulässig sei, da eine neue Gesamtschule mindestens 4-zügig sein müsse.

Im Schulausschuss sei beschlossen worden, die Eingangsklassen der Gymnasien im Gegenzug auf fünf zu reduzieren. Die Folge wäre dann, den Flächenbedarf für die Gymnasien neu zu ermitteln. Die Diskussion solle aber später im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beraten werden.

#### **Seite 25**

Frau Mette zitiert einen Abschnitt aus der Zeitung, in der Herr Winkler geäußert haben soll, dass die GPA die Ausgaben in dem Bereich Schülerspezialverkehr kritisiert habe, obwohl im Bericht dieser Punkt nicht bemängelt würde.

Herr Winkler macht darauf aufmerksam, dass der während der Prüfung geäußerte Mangel direkt angegangen und behoben worden sei, so dass in dem später erstellten Bericht der Mangel nicht mehr aufgeführt worden sei. Dies gehe auch aus dem Prüfbericht auf Seite 25 im vorletzten Abschnitt hervor, in dem bereits die Umsetzung der Maßnahmen (Schulbus Villigst und Kündigung des Schülerspezialverkehrs) beschrieben werde.

Herr Böckelühr zitiert zur Klarstellung des Sachverhaltes die entsprechende Passage des Prüfberichts (letzter Satz des vorletzten Absatzes auf Seite 25):

„Diese Fahrten will die Stadt Schwerte im Laufe des Schuljahres 2014/2015 so regeln, dass auch hier der monatliche Höchstbetrag von 100,- Euro je Schüler und Monat eingehalten wird.“

Deshalb käme auch keine Feststellung im Bericht vor, so dass sich die Äußerung von Herrn Winkler in der Presse mit dem GPA-Bericht decke.

## **6. Grünflächen**

#### **Seite 7**

Frau Schröder fragt, warum die Stadt Schwerte kein Grünflächeninformationssystem habe.

Herr Holtmann weist darauf hin, dass die Stadt Schwerte ein in einer Excel-Datei geführtes Grünflächenkataster führe. Ebenso würden Pflegepläne für die Grünflächen und Dienstabweisungen zur Wartung der Spielplätze existieren. Diese Informationen sollen zukünftig in eine Fachschale des GIS-Systems eingepflegt werden, so dass die Daten dann digital zur Verfügung stehen würden.

#### **Seite 11**

Frau Mette fragt nach dem Ort des erwähnten Parks an der katholischen Kirche.

Herr Böckelühr erläutert, dass es sich um den so genannten 'Nowy Sacz Park' handle, der 2002/2003 mit Sponsorengeldern eingerichtet worden sei.

Frau Mette zitiert, dass laut Bericht der Park im Besitz der katholischen Kirche sei und dieser aber aufwändig von den Mitarbeitern des Baubetriebshofes gepflegt werde.

Herr Böckelühr stellt klar, dass dieser Park genau wie der Stadtpark die Stadt zur Pflege verpflichte, obwohl der Park nicht in städtischem Besitz sei.

Frau Pentling macht im Hinblick auf die Kostenfrage von Frau Schröder darauf aufmerksam, dass die Parks nicht miteinander vergleichbar seien. Aufgrund von erheblichen Größenunterschieden und topographischen Besonderheiten sei eine derartige Analyse obsolet.

Herr Böckelühr sagt zu, dass eine Kostenaufstellung für den 'Nowy Sacz Park' erstellt werde. Die Kostenaufstellung liegt als Anlage 3 bei.

### **Seite 21**

Frau Schröder möchte eine Erläuterung zum Tennenplatz Wandhofen und zum Rasenplatz Westhofen erhalten.

Herr Böckelühr weist darauf hin, dass der Rasenplatz in Westhofen, der schon von Herrn Nies-von Colson im Zusammenhang mit der Turnhalle Wasserstraße genannt wurde, aufgrund der schlechten Drainage, die von den damaligen Betreibern des Vereins erstellt worden sei, zu sumpfig zur Nutzung und deshalb gesperrt sei.

Der Tennenplatz sollte erst nach der neuen Willensbildung des dortigen Vereins TuS Wandhofen diskutiert werden.

Abschließend stellt Frau Hoffmann die Frage, wie mit dem Prüfbericht umzugehen sei.

Herr Böckelühr erläutert, dass lt. Beschlussvorschlag vorgegangen werde. Die Verwaltung werde wie in Punkt 2 angesprochen eine Liste mit den Empfehlungen der GPA erstellen. Der jeweilige Fachbereich werde zu den Empfehlungen Vorschläge erstellen, wie mit den Empfehlungen bzw. Feststellungen umzugehen sei. Im zweiten Schritt werde die Verwaltungsleitung die Vorschläge sichten und ab der übernächsten RPA-Sitzung in regelmäßigen Abständen über den Umsetzungsstand bzw. über die Umsetzungsvorschläge berichten. Der RPA könne im dritten Schritt auf die Umsetzungsvorschläge mit entsprechenden Beschlussvorschlägen Einfluss nehmen.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein Westfalen (GPA NRW) zur Kenntnis.
2. Die von der GPA NRW ausgesprochenen Feststellungen und Empfehlungen aus dem Prüfungsbericht sind durch die Verwaltung auf ihre Umsetzbarkeit in angemessener zeitlicher Frist zu überprüfen. Hierzu haben im Einzelfall bei ausgegliederten Aufgabenbereichen die städtischen Beteiligungen konzeptionell zuzuarbeiten.
3. Der Rechnungsprüfungsausschuss ist regelmäßig zu informieren.

### **Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 12 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

## 6. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung

---

Entfällt.

## 7. Informationen und Anfragen

---

### **Prüfbericht des Gesamtabschlusses 2013**

Herr Böckelühr stellt fest, dass trotz der Verschiebung des Prüfberichtes des Gesamtabschlusses 2013 in die nächste Sitzung die Stadt Schwerte insbesondere im Vergleich zu anderen Städten sehr zeitig die Abschlüsse erstelle.

### **Sitzordnung**

Frau Pohle regt an, dass die Vertreter der Verwaltung nicht im Rücken der CDU-Vertreter sitzen sollten. Der Ausschuss ist sich einig, dass nach Aufrücken der RPA-Mitglieder die Mitglieder der Verwaltung zukünftig in der Reihe der Ausschussmitglieder sitzen sollen.

### **Prüfbericht des Jahresabschlusses 2013**

Frau Mette spricht die vom Rechnungsprüfungsamt zum Jahresabschluss 2013 aufgelisteten 'Erheblichen Mängel' an wie z. B. 'Falsche Rechtsbelehrung' sowie 'Nichteinhaltung der Aufbewahrungsfristen'.

Herr Böckelühr stellt klar, dass die Rechtsmittelbelehrung der Beihilfeabrechnungen direkt nach Prüfungsanmerkung geändert worden wäre. Auch die Aufbewahrungsfrist sei unmittelbar nach Bemänglung durch das RPA in der Verwahrorordnung von 5 auf 10 Jahre hochgesetzt und in die entsprechende Verwaltungsverordnung übertragen worden. Dies sei aber schon erledigt gewesen bevor der Jahresabschluss 2013 vorlag.

Frau Klute macht darauf aufmerksam, dass im neuen Prüfbericht zum Jahresabschluss 2014 über den Umsetzungsstand der im Jahresabschluss 2013 genannten Anmerkungen berichtet werde.

### **Prüfungsschwerpunkte**

Frau Hoffmann bittet die Fraktionen bis zur nächsten Sitzung am 07.09.2015 in schriftlicher Form Vorschläge für die Prüfungsschwerpunkte des Jahresabschlusses 2015 zu formulieren und an die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses zu schicken. Diese Vorschläge seien bis dato in der Regel von dem Rechnungsprüfungsamt aufgenommen und bei der jeweiligen Prüfung berücksichtigt worden. Diese Vorgehensweise solle weiter beibehalten werden.

Frau Hoffmann stellt fest, dass die 'Nichtöffentliche Sitzung' entfällt und schließt die Sitzung.

---

Hoffmann  
Vorsitzende/r

---

Leveque-Emden  
Schriftführer/in